



baizer.ch

Magazin für Gastronomie, Hotellerie und Tourismus

UNSERE THEMEN

Wettbewerbspreise – oder Subventionen!	3
Cateringunternehmer Atici kandidiert für den Nationalrat	4
Basel Tourismus lanciert E-Learning-Tool	5
Auslegeordnung der gast-gewerblichen Grundbildungen	6
Weit gefasstes Rauchverbot in Österreich	8
Einkaufstouristen nehmen lange Wege auf sich	12
Besucherfreundliche Parkgebühren gefordert	13
Hochkosteninsel: Ein Schritt in die richtige Richtung	14
Business-Touristen nutzen Airbnb noch selten	16
Cassis de Dijon besser zur Wirkung bringen	18

Impressum

Der Wirtverband Basel-Stadt wurde 1881 gegründet. Unser MitgliederMagazin baizer.ch (vormals «à la bâloise» und «D'Basler Baizer») erscheint sechsmal jährlich. Die Erstausgabe erschien 1928 unter dem Titel «Der Basler Wirt». Auflage dieser Ausgabe: 1700

Herausgeber

Wirtverband Basel-Stadt
Freie Strasse 82, CH-4010 Basel
Telefon 061 271 30 10, info@baizer.ch

Redaktion

Maurus Ebnetter, Binningen
ebnetter@baizer.ch

Gestaltung

Grafik Alex Walder, Basel
info@g-a-w.ch

Druck

Kurt Fankhauser AG, Basel
info@fankhauserdruck.ch

Fadenscheiniges Argument «Ernährungssicherheit»

Offene Märkte helfen den Bauern

Die Schweiz schützt ihre Landwirtschaft mit einem komplizierten System aus Zöllen, Kontingenten und Handelshemmnissen. Zwar weichen die Konsumenten den hohen Preisen zunehmend aus, doch reicht das nicht aus, das Bollwerk zu schleifen. Eine Fokussierung auf die einheimische Produktion unter dem süffigen Titel «Ernährungssicherheit» ist der falsche Weg. Es braucht eine Schocktherapie, um die verkrusteten Strukturen aufzubrechen.

Die heimische Agrarwirtschaft wird weitgehend vor internationalem Wettbewerb geschützt. Doch dieser Schutz und Direktzahlungen von drei Milliarden Franken pro Jahr genügen den Bauern nicht. Mit ihrer im Juli 2014 eingereichten Volksinitiative «für Ernährungssicherheit» wollen sie die

«Der übertriebene Schutz einer volkswirtschaftlich unbedeutenden Branche ist auf Dauer nicht haltbar.»

Abwehrmauer gegen mehr Freihandel stärken. Dabei ist es sehr fraglich, ob Abschottung die Versorgungssicherheit wirklich verbessert. Plausibler ist es, dass offenere Grenzen das tun würden.

Der schwammige Begriff «Ernährungssicherheit» ist vorgeschoben und kaschiert, dass es um Einkommenssicherung für die Bauern geht! Anstatt sich abzuschotten, sollten die Schweizer Produ-

zenten konkurrenzfähiger werden. Offene Märkte führen nicht nur zu mehr Freiheit für die Konsumenten, sondern auch für die Anbieter. Doch die Bauern und ihre Vertreter predigen den freien Markt nur dann, wenn es ihnen passt.

Die Agrar-Lobby hat Bundesbern fest im Griff. Öffnungsschritte sind in weite Ferne gerückt, obwohl die Beispiele Wein und Käse zeigen, dass in der Liberalisierung Chancen stecken: Qualität und Vielfalt der Produkte nehmen zu, und trotz überstarkem Franken halten sich die heimischen Spezialitäten gegen billige Importware.

Die Stimmen, die eine weitere Öffnung der Agrarmärkte fordern, werden langsam lauter. Sollte sich die Wirtschaftskrise akzentuieren, werden sich Konsumenten und Steuerzahler, der Handel, das Gastgewerbe, die Tourismusbranche und die Exportindustrie stärker *weiter auf der nächsten Seite*



■ Die Angst der Bauern vor weiteren Öffnungsschritten, zum Beispiel beim Fleischmarkt, ist unbegründet. Wie lange wollen wir mit dem Protektionismus weitermachen?

Fortsetzung von Seite 1 als bisher gegen die offenen und versteckten Lasten der protektionistischen Landwirtschaftspolitik wehren.

Der grösste Liberalisierungsdruck wird vermutlich von aussen kommen. Gehen die EU und die USA ihre geplante Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) unter Einbezug der Landwirtschaft ein, so lässt sich das Abschottungssystem kaum halten. Auch Handelsabkommen, an denen die Schweiz nicht beteiligt ist, haben nämlich Auswirkungen auf unser Land. So hat beispielsweise das bereits bestehende Abkommen zwischen der EU und Kanada dazu geführt, das Schweizer Käse für kanadische Kunden uninteressant wurde.

Internationale Organisationen wie die WTO werden immer weniger bereit sein, unsere Handelshemmnisse für Agrarprodukte hinzunehmen. Für Staaten, mit denen die Schweiz Freihandelsabkommen abschliessen möchte, gilt das erst recht. Die USA oder Brasilien sind nicht bereit, ihre Zölle für Investitionsgüter aus der Schweiz zu senken, wenn wir ihnen im Gegenzug nicht Absatzchancen für landwirtschaftliche Produkte bieten.

Landwirtschaft in der Schweiz könnte durchaus international konkurrenzfähig betrieben werden. Dafür müsste sich der Sektor aber endlich für die Zukunft rüsten! Die Nutzfläche insgesamt bliebe bei einer Liberalisierung wohl unverändert. Hingegen würden sich die Art der Landwirtschaft, die Grösse der Betriebe, die angebauten Kulturen und die Bewirtschaftungsweise verändern.

Mit Direktzahlungen und überhöhten Preisen erhält der Bund Bauernbetriebe, die nicht wettbewerbsfähig sind. Es gibt keinen Bereich, wo so wenige Leute so viel Geld erhalten – und zwar auch dann, wenn sie nur Teilzeit-Bauern sind, die das Land besetzen, das jene gebrauchen könnten, die voll auf die Landwirtschaft setzen.

Ohne Direktzahlungen wird es nicht gehen, doch sollten sie sich auf die Abgeltung von Dienstleistungen für öffentliche Güter beschränken. Verbleibende Betriebe, die es nicht schaffen, international konkurrenzfähig zu produzieren, werden ihre Existenzberechtigung aus ökologischen Leistungen und der Landschaftspflege beziehen, die für den Tourismus oder den Siedlungsschutz wichtig sind.

Wobei man sich durchaus fragen kann, ob Umweltschutzziele sich zum Teil nicht auch durch Ausschreibungen verwirklichen liessen. Dann könnten auch Nichtbauern Offerten einreichen und die besten Angebote kämen zum Zug, so wie dies im Rahmen des öffentlichen Submissionswesens schon lange üblich ist, zum Beispiel beim Bau von Strassen.

Zwar werden pro Jahr zwei Prozent der Bauernbetriebe aufgegeben, doch ist der Strukturwandel noch zu langsam. Eine weit höhere Rate liesse sich über Betriebsaufgaben nach der Pensionierung und ohne Konkurse abwickeln. Ausstiegsprämien könnten Anreize für eine schnellere Strukturpassung geben.

Mehr Wettbewerb ist für einzelne Unternehmen zwar unangenehm, macht diese aber fit. Die Bauern müssen aus dem Korsett der Agrarbürokratie und Planwirtschaft befreit werden. Der übertriebene Schutz einer volkswirtschaftlich unbedeutenden Branche ist auf Dauer nicht haltbar!

Hoher Energieverbrauch

Die Schweizer Landwirtschaft rühmt sich, nachhaltig zu produzieren. Was die Energienutzung angeht, ist das eine glatte Lüge: Der direkte Verbrauch pro Hektare genutzte Landwirtschaftsfläche ist zweieinhalb so gross wie in der EU!

1400 Liter Heizöläquivalent pro Hektare Nutzfläche: Diese Energiemenge verbraucht die Schweizer Landwirtschaft gemäss einer Auswertung von Agroscope für die Produktion landwirtschaftlicher Primärgüter. Die Gründe für den enormen Verbrauch liegen unter anderem bei den kleinflächigen Strukturen, der starken Mechanisierung, dem hohen Anteil an Gewächshäusern und der intensiven Tierhaltung.

Die Landwirtschaft ist in hohem Masse von fossilen Energieträgern abhängig. Wichtigste direkte Energiequellen sind Diesel als Treibstoff sowie Heizöl und Gas für die Beheizung von Ställen

und Gewächshäusern. Dagegen spielt Elektrizität gesamthaft gesehen eine untergeordnete Rolle. Rund siebenzig Prozent der benötigten Energie steckt in Form von grauer Energie in Gebäuden, Landmaschinen, Futtermitteln und anderen Produktionsmitteln.

«Es ist Zeit, mit der nostalgischen Verklärung der Landwirtschaft aufzuräumen!»

Den Bauernverbänden ist es gelungen, der Bevölkerung einzureden, die staatliche Förderung der Landwirtschaft sei unerlässlich für die Versorgungssicherheit. Dabei haben sich die Rahmenbedingungen seit der Anbauschlacht im Zweiten Weltkrieg grundlegend geändert. Ohne importierte Futtermittel, ohne Strom für die Melkmaschinen und ohne Treibstoff für die Traktoren würde heute kaum noch ein Bauernhof funktionieren.



Die Basler Gastronomie
auf einen Klick!

www.basel-restaurants.ch

Wettbewerbspreise – oder Subventionen!

Bekannte Lebensmittelhersteller erhalten Subventionen in Millionenhöhe, um ihre Produkte exportieren zu können. Denn die Beschaffung von Rohmaterial ist in der Schweiz viel zu teuer. Wenn aber selbst Konzerne wie Nestlé auf staatliche Beiträge angewiesen sind, um die Produktion in der Schweiz zu halten, gilt das erst recht für Hotels und Restaurants.

Gastronomie und Hotellerie in der Schweiz sind faktisch gezwungen, Lebensmittel im Inland überteuert zu beschaffen. Demgegenüber bewegen sich unsere Gäste in einem freien Markt: Sie gehen nach Belieben und immer öfters über die Grenze, um dort einzukaufen, auszugehen und zu essen. Genau so frei ist der Markt für ausländische Touristen: Sie können sich entscheiden, ob sie in die Schweiz kommen wollen – oder nicht. Unsere Betriebe haben kaum Möglichkeiten, ihre Kosten namhaft zu senken und so wettbewerbsfähiger zu werden. Es kann aber nicht sein, dass man das Schweizer Gastgewerbe einem brutalen internationalen Konkurrenzkampf aussetzt, die Lieferanten aber verschont. Das ist in höchstem Grad unfair!

Im Falle der Lebensmittelindustrie hat man eine Lösung gefunden. Schokoladen- oder Biskuithersteller lassen sich Rohstoffe wie heimisches Milchpulver und Getreide durch Subventionen verbilligen, damit sie überhaupt noch exportieren können. Sie kassieren dank des sogenannten «Schoggigesetzes» insgesamt Beiträge in der Höhe von 115 Millionen Franken pro Jahr, auf die sie trotz des hervorragenden Rufs von Schweizer Schokolade offenbar angewiesen sind.

Wenn bekannte Markenartikelhersteller wie Nestlé, Lindt & Sprüngli, Toblerone oder Emmi es nicht

schaffen, ohne Subventionen zu exportieren: Wie soll dann bitteschön der kleine Wirt oder Hotelier international konkurrenzfähig sein, wenn er seine Waren in der Schweiz überteuert einkaufen muss und keine Unterstützung erhält?

Es gibt genau zwei Möglichkeiten. Entweder man sorgt dafür, dass für Fleisch, Milch, Gemüse und Früchte in der Schweiz endlich Wettbewerbspreise entstehen. Oder man subventioniert das Gastgewerbe beim Einkauf dieser Produkte!

«Unsere Bauern verkaufen lieber ausgemergelte Milchkühe, die man eigentlich der Verbrennung zuführen müsste, statt zu versuchen, das weltweit beste Fleisch zu produzieren.»

Ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung kauft und konsumiert nicht aus Geiz im benachbarten Ausland, sondern um ihr knappes Budget zu schonen oder sich etwas Besseres zu leisten. Die Bauern wollen sich weiter abschotten, stehen damit aber langfristig auf der Verliererseite. Sie ignorieren, dass der zunehmende Einkauf und Konsum im Ausland auch für sie zu Marktanteilsverlusten führen.

Uns geht es keineswegs darum, dass wir nun alles im Ausland einkaufen möchten. Im Gegenteil: Wir möchten unsere Waren lieber in der Schweiz oder gar in unserer Region beziehen. Aber eben nur, wenn die Preise unter Wettbewerbsbedingungen zustande kommen. Und wenn die Qualität stimmt.

Das tut sie heute oft nicht, zum Beispiel beim Schweizer Rindfleisch. Unsere Bauern verkaufen

uns lieber ausgemergelte Milchkühe, die man eigentlich der Verbrennung zuführen oder verwürsten müsste, statt zu versuchen, mit geeigneten Rassen das weltweit beste Fleisch zu produzieren. Mit Premium-Produkten und Spezialitäten hätten sie auf dem Weltmarkt eine Chance und könnten hohe Preise erzielen.

Die Schweiz muss sich vom Mythos verabschieden, ein Bauernstaat zu sein. Es ist Zeit, mit der nostalgischen Verklärung der Landwirtschaft aufzuräumen!



Josef Schüpfer
Präsident Wirtverband Basel-Stadt

Schweizer Rahm aus Italien

Die Lebensmittelinspektoren haben Tausende von Gastronomen dazu getrieben, statt feinem Frischrahm auf Sprühdosen-Rahm auszuweichen.

Hygienisch ist man da auf der sicheren Seite. Beim Geschmack nicht so sehr. Gipfel des Wahnwitzes ist es, dass sämtliche Rahmdosen im Ausland abgefüllt werden. Da wird also Schweizer Rahm nach

Südeuropa gekarrt, dort in Dosen gepfercht und wieder importiert. So macht es Spass, regionale Produkte zu verwenden...



Cateringunternehmer kandidiert für den Nationalrat

Mustafa Atici: «Perspektiven zu bieten, das ist unsere Aufgabe»

Vor 23 Jahren kam Mustafa Atici als junger Student aus der Türkei nach Basel – und blieb. Seit 2004 sitzt er im Grossen Rat und ist dort Mitglied der Finanzkommission. Zu seinen Kernthemen gehören die Integration, die Bildungspolitik und die KMU-Wirtschaft. Im Herbst kandidiert Atici auf der SP-Liste für den Nationalrat. Bei der letzten Wahl schaffte er es auf die Position des ersten Nachrückenden.

Sie wollen in den Nationalrat. Sagen Sie unseren Lesern zuerst, weshalb sie Ihnen ihre Stimme geben sollen!

Ich beobachte, dass es auf der nationalen politischen Ebene wenige Politikerinnen und Politiker gibt, die sich aus eigener Erfahrung für kleine und mittlere Unternehmen einsetzen können. Zudem

«Sobald die Chancengleichheit gewährleistet ist, zählt die Leistung.»

ist es doch so, dass auch wenn über die Interessen und Bedürfnisse von KMU gesprochen wird, vor allem die Vertreter der grossen Unternehmungen zu Wort kommen und Gehör finden. Gleichzeitig besteht die Gefahr, dass in diesen Diskussionen die Ideologie der Parteien den Kurs bestimmt.

Die SP ist für mehr Umverteilung, Verbote und Bürokratie. Was bringt einen Unternehmer wie Sie in diese Partei?

Die SP gefällt mir wegen ihrer Grundwerte. Sie steht für Offenheit, Toleranz und Solidarität. In meiner Partei kommen – wie bei allen anderen Parteien auch – die Interessen der KMU-Wirtschaft manchmal tatsächlich zu kurz, doch habe ich die Erfahrung gemacht, dass ich mir mit guten Argumenten durchaus Gehör verschaffen kann. Ich denke nicht, dass die SP mehr Verbote oder Bürokratie will als andere Parteien. Eine gesunde Wirtschaftspolitik kann nur auf dem Boden von Fairness funktionieren. Konkret heisst das: faire Löhne und Arbeitsbedingungen, attraktive und familienfreundliche Teilzeitmodelle, gleiche Startchancen, nachhaltige Produkte.

Sie beschäftigen sich stark mit Integrationsthemen. Warum?

Ich kam selber als Immigrant hierher und habe mit der Integration unterschiedliche, für mich letztlich vorwiegend positive Erfahrungen gemacht. Doch zu Beginn war es nicht einfach. Wirklich integriert fühlte ich mich erst, nachdem ich die deutsche Sprache erlernt hatte. Die Sprache ist der Schlüssel! Für mich stellt sich nicht so sehr die Frage nach meiner persönlichen Integration, sondern was ich auf der politischen Ebene zur Integration anderer beitragen kann.

Welche Rezepte empfehlen Sie?

Ich bin ein Anhänger der kantonalen Vorgabe «fordern und fördern». Für mich steht fest, dass wir nur gemeinsam die Zukunft positiv beeinflussen wer-

den. Entscheidend ist, dass wir nicht wegschauen und uns dafür einsetzen, allen Jugendlichen in diesem Land gute Bildungsmöglichkeiten zu bieten. Perspektiven zu bieten, das ist unsere Hauptaufgabe!

Viele Secondos haben mangelhafte Sprachkenntnisse, weil zuhause die Unterstützung fehlt. Hier kann und muss das Schulsystem eingreifen. Es braucht Spielgruppen mit Sprachförderung. So gehen uns die Lehrlinge nicht aus und junge Menschen werden im Berufsleben erfolgreich sein. Dann, und davon bin ich überzeugt, werden sich vieler der sogenannten Integrationsprobleme von alleine lösen.

Anerkennen Sie, dass es echte Integrationsprobleme gibt?

Es bringt nichts, die Dinge schönzureden. Ich plädiere aber dafür, die Aspekte Asyl und Kriminalität separat zu thematisieren. Die Schweiz ist für ihre weitere Entwicklung auf den positiven Beitrag von Migrantinnen und Migranten angewiesen. Ihre Kinder sind ein Teil der Zukunft unserer Gesellschaft.

Weshalb engagieren Sie sich in der Bildungspolitik?

Es gehört zu den Aufgaben eines Staates und seiner Gremien, sich dafür einzusetzen, dass alle Bürgerinnen und Bürger die gleichen Chancen auf Bildung und Weiterbildung haben. Sobald die Chancengleichheit gewährleistet ist, zählt aber die Leistung. Nach dem Vorbild anderer Länder sollte die Schweiz einen «Bildungsplan» für den Frühbereich bekommen.

Immer wieder beklagen sich Berufsbildner, dass es Schulabgängern an grundlegenden Kenntnissen fehlt. Versagt unser Schulsystem?

Gemäss der Forschungsstelle für Bildungsökonomie der Uni Bern schicken 63% der Eltern ihre Kinder in die Nachhilfe. Es sind vor allem Kinder aus begüterten Familien, die eine besondere Förderung erhalten. Offenbar ist der Schulerfolg vom Geldbeutel abhängig. Das bedroht die Chancengleichheit. Tagesschulen wären hier eine Lösung. Zudem müssen wir den individuellen Lernbedürfnissen noch mehr gerecht werden; zum Beispiel



Für Mustafa Atici ist Fairness die Grundlage einer gesunden Wirtschaftspolitik.

mit einem Förderprogramm für KMU, die Lehrplätze anbieten.

Für unsere Jugendlichen brauchen wir Lehrplätze, und wenn sich ein Teil dieser Jugendlichen später selbständig macht, trägt das zur Dynamik und Kreativität unserer Wirtschaft und unseres Arbeitsplatzes bei.

Verstehen Sie, dass eine Mehrheit der Schweizer Stimmbürger die Zuwanderung wieder selber steuern möchte?

Ich verstehe einige der Befindlichkeiten, die zu diesem Entscheid führten, aber nicht den Entscheid selbst. Es gibt natürlich Missbrauch und die Integration bleibt eine Herausforderung. Diese Aufgaben müssen wir konstruktiv lösen – mit Sozialpartnerschaft und fairem Wettbewerb. Die Zuwanderung und die offenen Grenzen zur EU haben Basel und die Schweiz erfolgreich gemacht.

Falls Sie in den Nationalrat gewählt werden: Was werden Sie in Bern bewirken?

Ganz generell werde ich in der SP-Fraktion meine Erfahrungen als Unternehmer einbringen. Mehr Bodenhaftung und Praxisnähe tut auch uns gut. Ich verstehe mich als Vertreter der kleinen Unternehmen und der vielen Migranten in diesem Land. Wirtschaft, Bildung und Migration können nicht getrennt voneinander betrachtet werden. Deshalb sind Lösungen, die nur in einem Bereich greifen, eigentlich keine Lösungen.

In Bezug auf die Interessen der Gastronomiebranche werde ich mich für ein wirksameres Kartellgesetz und gegen Handelshemmnisse einsetzen. Die Probleme von kleinen Gewerbetreibenden unterscheiden sich nicht so sehr von denjenigen vieler Angestellter. Sie benötigen soziale Sicherheit, administrative Erleichterungen sowie eine kontinuierliche Berufs- und Weiterbildung. Gerade hier müssen die Bereiche Wirtschaft, Bildung und Migration zusammen arbeiten.

Mustafa Atici

Mustafa Atici ist 1969 in der Türkei geboren. Der alevitische Kurde stammt aus einer elfköpfigen Familie. Alle seine Geschwister leben im Ausland. Atici ist verheiratet und hat zwei Kinder. In seiner Freizeit liest er bevorzugt Literatur von alten Philosophen und hört klassische Musik und Folklore.

Atici belegte an der Universität in Ankara den Studiengang Industrieingenieur. Als 23-jähriger Student reiste er in die Schweiz, immatrikulierte sich an der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Uni Basel und wechselte nach drei Jahren für ein zweijähriges Nachdiplomstudium «Master of Advanced European Studies» ans Europa-Institut.

Geschäftlich ist Atici als selbständiger Berater und Unternehmer, zusammen mit seinen Brüdern, im Bereich Lebensmittel und Catering tätig, unter anderem im Fussballstadion St. Jakob-Park in Basel.

Basel Tourismus lanciert E-Learning-Tool

Kompetenter Service ist ausschlaggebend für ein positives Aufenthaltserlebnis, dies zeigen zahlreiche Studien. Mit der Lancierung der E-Learning-Plattform dubistbasel.com will Basel Tourismus die gesamte touristische Dienstleistungskette vom Taxichauffeur über die Polizei und dem Gewerbe zu Basel-Kennern ausbilden.

Es sind viele Faktoren, die dazu führen, dass man einen bestimmten Ort für eine Reise ins Auge fasst: Das kann vom kulturellen Angebot über die schöne Landschaft oder Altstadt bis zum Veranstaltungsangebot alles sein. Aber mindestens ebenso bedeutsam für den positiven Eindruck eines Gastes ist der Kontakt mit den Menschen vor Ort.

«Persönliche Interaktionen entscheiden oftmals über einen Zweitbesuch oder die Weiterempfehlungsrates der Gäste.»

«Persönliche Interaktionen entscheiden oftmals über einen Zweitbesuch oder die Weiterempfehlungsrates unserer Gäste», erklärt Daniel Egloff, Direktor von Basel Tourismus. Das Online-Schulungsportal richtet sich vor allem an Hotel- und Gastronomiemitarbeitende, Taxifahrer, Mitarbeitende der BVB und der Polizei, Mitarbeitende

der Geschäfte in der Innenstadt und der Museen. Aber auch Einwohner der Region können sich schulen lassen und ihre Beratungskompetenz erhöhen.

Die Inhalte des Tools wurden nach Absprache mit den wichtigsten Exponenten der jeweiligen Zielgruppe definiert. In zwölf Modulen werden verschiedene Themen wie Sehenswertes, Kulinarisches, Kunst und Architektur oder die Geschichte der Stadt unterhaltsam mit Texten, Bildern, Erklärclips und Learning Apps vermittelt.

Die User können – abgesehen von zwei Grundmodulen – ihre Lerneinheiten eigenständig bestimmen und erhalten mit vier absolvierten Modulen à je 20 bis 30 Minuten ihr «Basel-Kenner-Diplom». Mit je vier weiteren bestandenen Modulen können sie gar ein Diplom zum «Basel-Experten» oder «Basel-Insider» erwerben.

www.dubistbasel.com



Die Lern-Plattform dubistbasel.com soll die Beratungsqualität entlang der ganzen Dienstleistungskette steigern.

Einseitige Anhörung

Das Bundesamt für Gesundheit führt eine Anhörung zur Nationalen Strategie Sucht 2017-2024 durch. Die direkt betroffene Wirtschaft, so die Tabak- und Alkoholbranche, wurde überhaupt nicht begrüsst. Stattdessen wurden über hundert Organisationen des Gesundheitswesens und ähnliche Kreise eingeladen – von der Expertengruppe Hyperkonnektivität bis zur Gefängnisgesundheits Schweiz. Mit dieser extrem einseitigen Auswahl steht das Ergebnis der Anhörung zum vornherein fest: Ein kritikloses Durchwinken der Vorschläge und die Forderung nach noch mehr Prävention.

Hohe Bussen

Das deutsche Bundeskartellamt hat einen Grossteil seiner Kartellverfahren gegen Hersteller- und Handelsunternehmen wegen verbotener Ladenpreisbindung bei bekannten Markenprodukten aus den Warengruppen Süswaren, Kaffee, Tiernahrung, Bier und Körperpflegeprodukte abgeschlossen. Die Behörde hat bislang Bussgeldbescheide gegen elf Unternehmen in der Höhe von insgesamt 151.6 Millionen Euro erlassen. Betroffen sind unter anderem Edeka, Rewe, Kaufland, Aldi, Fressnapf, Haribo, Johnson & Johnson und der Schokoladenhersteller Ritter.

Auslegeordnung der gastgewerblichen Grundbildungen

Die Hotel & Gastro formation nimmt eine Auslegeordnung aller gastgewerblichen Grundbildungen vor. Schon bald soll ein neuer Beruf lanciert werden, der auf die Bedürfnisse von grösseren Unternehmen zugeschnitten ist.

«Der Kampf um die Lernenden, die Umsetzung der Zuwanderungsinitiative, die Aufhebung des Euro-Mindestkurses und der demografische Wandel setzen unsere Branche unter Druck. Zuwarten und nichts tun, ist keine erfolgsversprechende Strategie», sagt Projektleiter Martin Schönbächler, stellvertretender Direktor der Hotel & Gastro formation Schweiz.

«Unter Berücksichtigung der künftigen Trends entstehen für alle gastgewerblichen Grundbildungen Profile.»

Die Trägerverbände GastroSuisse, Hotelleriesuisse und Hotel & Gastro Union haben die Situation erkannt, den Berufsnachwuchs als Qualitätsgarant zu fördern. Sie bilden mit je zwei Vertretungen den Vorstand von Hotel & Gastro formation Schweiz. Unter der Führung des Vorstandes entsteht nun eine Übersicht der Berufslandschaft der Hotellerie und Gastronomie. Dieses «Big Picture» veranschaulicht alle wichtigen Aufgaben der einzelnen Berufe.

Das Projekt hat eine koordinierte Revision der beruflichen Grundbildung im Gastgewerbe zum Ziel. Die Revisionen erfolgen im Rahmen des Gesamtsystems und sind aufeinander abgestimmt. Erste Workshops haben bereits stattgefunden. Unter Berücksichtigung der künftigen Trends entstehen für alle gastgewerblichen Grundbildungen Profile, die

Vergleiche zwischen den Berufen zulassen. Verändert wird dabei noch nichts. Erst wenn Klarheit über die unterschiedlichen Anforderungen und Eigenheiten besteht, wird umgebaut.

Im Rahmen des Projekts «Big Picture» setzt der «Neue Beruf» einen wichtigen Meilenstein. Die Inhalte und Anforderungen sind definiert. Die Namensfindung steht kurz bevor. Der «Neue Beruf» ermöglicht es, junge Menschen anzusprechen, die sich für eine betriebswirtschaftliche Grundbildung interessieren und diese in einem abwechslungs-

reichen und lebendigen Tätigkeitsumfeld mit viel Menschenkontakt absolvieren wollen.

Der «Neue Beruf» ist spezifisch auf die Bedürfnisse der Hotellerie sowie für grössere Gastronomieunternehmen zugeschnitten. Die Lernenden nehmen hauptsächlich Aufgaben im Front- und Backoffice wahr. Die Betreuung des Gastes sowie die Durchführung und Koordination von administrativen Abläufen stehen im Vordergrund. Die Nahstellenbereiche Küche, Restauration und Hauswirtschaft werden eine Drehscheibenfunktion einnehmen.



Die Hotel & Gastro formation will einen neuen Beruf lancieren, bei welchem die Gästebetreuung und die Koordination von administrativen Abläufen im Vordergrund stehen.

**Krankentaggeld- und Unfallversicherungen:
Sparen Sie jetzt ab sofort Tausende von Franken!
Fordern Sie einen unverbindlichen Prämienvergleich an.
Kurzes Mail an gastro@cba-broker.ch genügt.**

CBA PARTNER

Versicherungsbroker AG

Offizieller Versicherungspartner des Wirtverbandes Basel-Stadt

Mehr Informationen:

www.baizer.ch/versicherungen

CBA Partner Versicherungsbroker AG
Dornacherstrasse 230
CH-4018 Basel

Telefon 061 337 17 17 • Fax 061 337 17 18
gastro@cba-broker.ch
www.cba-broker.ch

FDP

Die Liberalen



**Weniger Bürokratie
statt neue Vorschriften!**

Beizer leiden unter starkem Franken

Rauchverbote - Restaurants schliessen

Bierverbot ab 22 Uhr?

Noch mehr Vorschriften - Restaurant macht zu

Cassis de Dijon - Abschaffung dreht Wirten die Luft ab

Droht Happy Hour-Verbot?

Für Innenhofbeizen ist ab 20 Uhr Schluss

Gastroszene gepiesakt von Lärmvorschriften

Studenten fordern Fleischverbot

Vegane Menüs sollen Pflicht werden

Öffnungszeiten für Restaurants weiterhin eingeschränkt

Fett-Deklaration auf der Speisekarte?

Das Restaurantsterben geht weiter

Lärmklagen machen Beizen zu schaffen

Um 22 Uhr müssen die Gäste rein



Christian
Egeler

Daniel
Stolz

Stephan
Mumenthaler

Nadine
Gautschi

Christophe
Haller

Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt – **aus Liebe zu Basel**

Weit gefasstes Rauchverbot in Österreich

Bis anhin galt Österreich als Raucherparadies. Nun hat der Nationalrat per 1. Mai 2018 ein Rauchverbot beschlossen, dass alle öffentlichen Orte einschliesst, wo Speisen und Getränke hergestellt, verarbeitet oder konsumiert werden.

Betroffen sind auch Festzelte, Mehrzweckräumlichkeiten sowie schulische Einrichtungen, in denen Kinder und Jugendliche beaufsichtigt und beherbergt werden. Selbst in Vereinslokalen, an Versammlungen in Pfarrsälen oder bei Feuerwehrfesten wird das Rauchen verboten. Die Gesundheitsministerin verteidigte diese Regelungen, da es sonst zu Umgehungsmöglichkeiten kommen würde.

«Selbst in Vereinslokalen und Pfarrsälen wird das Rauchen verboten.»

Einzig in Hotels darf es weiterhin Raucherräume geben, womit die Restaurants dort bevorteilt werden. Sonst sieht das Verbot keine Ausnahmen vor. Rauchenden Gästen drohen im Wiederholungsfall 1000 Euro Busse. Wirte können mit bis zu 10'000 Euro gebüsst werden.

Für Gastronomiebetriebe, die nach dem Vorgängergesetz in getrennte Raucherräume investiert haben, gibt es einen Anreiz zum vorzeitigen Umstieg. Wer sein Lokal schon vor dem 1. Juli 2016 rauchfrei macht, erhält eine steuerliche Prämie in der Höhe von 30 Prozent für getätigte Umbauinvestitionen.



■ Viele Gastronomen und Gäste sind besorgt, dass das Rauchverbot in Österreich die traditionelle Kaffeehauskultur gefährdet.

Gastro Express

www.gastro-express.ch

Der führende Online-Marktplatz für die Schweizer Gastronomie und Hotellerie



Gastgewerbliche Liegenschaften



Occasionsgeräte



Stellenangebote und Stellengesuche



Patricia von Falkenstein

Heiner Vischer

André Auderset

Conradin Cramer

Christoph Eymann

In den Nationalrat

LDP LISTE **3**

AM
18. OKTOBER
2015
WIEDER
IN DEN
NATIONALRAT!



Markus Lehmann: Verkehrskollaps – nein danke!

LISTE

7

www.cvp-bs.ch

Basel-Stadt





**PRODEGA
GROWA
TRANSGOURMET**



VON PROFIS FÜR PROFIS

Prodega Markt

Transgourmet Schweiz AG
Singerstrasse 12
4052 Basel
Telefon 061 315 14 14
Fax 061 315 14 15
www.transgourmet.ch

Öffnungszeiten

Montag	07.00 – 18.00 Uhr
Dienstag	07.00 – 20.00 Uhr
Mittwoch	07.00 – 18.00 Uhr
Donnerstag	07.00 – 20.00 Uhr
Freitag	07.00 – 20.00 Uhr
Samstag	07.00 – 16.00 Uhr

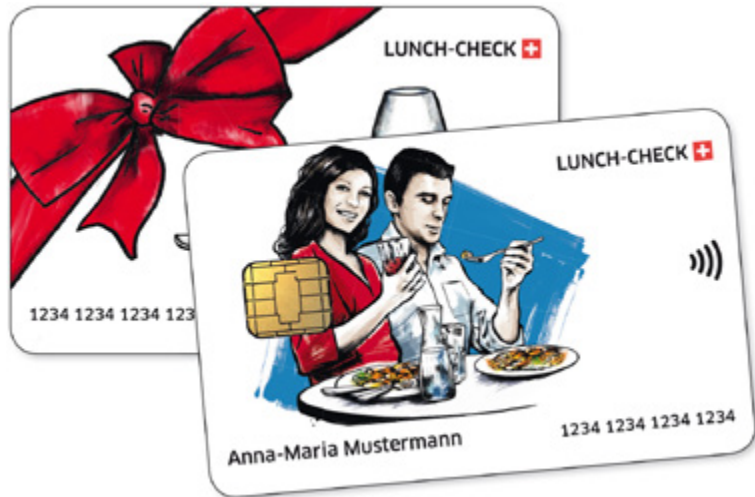
Schweizer Lunch-Check lanciert multifunktionale Kartenlösung

Das erfolgreiche Konzept der bargeldlosen Verpflegungsbeiträge wird erweitert: Die neue Lunch-Check-Karte funktioniert sowohl an bestehenden Terminals als auch an Geräten mit Kontaktlos-Funktion und vereinfacht den Zahlungsprozess für Gäste und Gastronomen.

Damit sind sie bestens gerüstet, denn «das kontaktlose Bezahlen wird immer beliebter», so Thomas Recher, Geschäftsführer von Schweizer Lunch-Check. Besonders in der stark frequentierten Mittags- und Abendzeit gewährleistet die Lösung maximale Effizienz: Die Transaktion funktioniert automatisch, die Herausgabe von Rückgeld entfällt, ebenso das Zählen, Aufkleben und Retournieren der Lunch-Checks aus Papier. Zudem erhalten Gastronomen ihr Guthaben schneller von Schweizer Lunch-Check.

Grosszügige Restaurantauswahl, schnellere Bezahlung für das Team plus attraktive Konditionen und deutlich geringerer Administrationsaufwand – so profitieren auch Arbeitgeber weiterhin bei der Mitarbeiterverpflegung.

Schweizer Lunch-Check
Thomas Recher, Geschäftsführer
Telefon 044 202 02 08
info@lunch-check.ch
www.lunch-check.ch



Die Lancierung erfolgt ab August 2015 – ohne Mehrkosten für die Restaurants. Gemäss der genossenschaftlichen Geschäftsphilosophie ist die Lunch-Check-Karte eine Win-Win-Win-Situation für alle Beteiligten: Rund 6000 Gastronomiebetriebe freuen sich als Mitglieder von Schweizer Lunch-Check über vereinfachte Abläufe beim Kassieren und Abrechnen sowie fairen Kommissionen und treue Kundschaft. Denn bereits 70'000 Arbeitnehmende erhalten Lunch-Checks als Verpflegungsbeiträge und lösen diese regelmässig ein.

Einkaufstouristen nehmen lange Wege auf sich

Eine Studie des Forschungsinstituts für Handelsmanagement der Universität St. Gallen bestätigt, dass seit dem Frankenschock am 15. Januar der Einkaufstourismus weiter zugenommen hat. Betroffen sind nicht nur die Grenzgebiete. Im Schnitt sind die Konsumenten fast eine Stunde lang unterwegs.

Seit der Aufhebung des Mindestkurses deckt sich etwa die Hälfte der Konsumenten vermehrt im grenznahen Ausland ein: Etwa ein Viertel davon kauft bis zu 20 Prozent mehr ein. 12 Prozent der Befragten haben ihre Einkäufe um die Hälfte oder mehr erhöht. Auch Konsumenten, die etwas weiter von der Grenze entfernt wohnen, sind in-

«Auch Konsumenten, die etwas weiter von der Grenze entfernt wohnen, sind bereit, ins Ausland zu fahren.»

zwischen bereit, ins Ausland zu fahren. Im Durchschnitt fahren Einkaufstouristen fast eine Stunde und nehmen einen Weg von zirka 50 Kilometern auf sich. Der Grossteil nutzt das Auto für Einkäufe im grenznahen Ausland. Lediglich 14 Prozent reisen mit öffentlichen Verkehrsmitteln an.

Für die Erhebung wurden 3000 Einkaufstouristen in der Deutschschweiz befragt. In den Branchen Lebensmittel, Drogerie, Bekleidung, Sport und Einrichtung verliert der Schweizer Detailhandel knapp neun Milliarden Franken. Am meisten betroffen ist

die Lebensmittelbranche mit einem Umsatzabfluss von 2.8 Milliarden Franken. Nicht in diesen Zahlen enthalten sind gastgewerbliche Leistungen, Auto- und Treibstoffkäufe, persönliche Dienstleistungen wie Coiffeur, Zahnarzt und Wellness sowie Einkäufe von Schweizer Unternehmen im Ausland.

Gemäss der Untersuchung würde erst ein Wechselkurs von 1.40 Franken den Einkaufstourismus unattraktiv machen. Dies zeigt, dass eine Abschwächung des Frankens kurz- und mittelfristig kaum zur Eindämmung des Einkaufstourismus beitragen würde.



Ein Grossteil der Einkaufstouristen benutzt das Auto für Einkäufe im grenznahen Ausland.

Besucherfreundliche Parkgebühren gefordert

In einer Motion verlangt der Basler FDP-Grossrat Stephan Mumenthaler besucherfreundliche Parkgebühren am Abend und in der Nacht. Seine Forderung unterstreicht er mit eindrücklichen Beispielen aus anderen Städten.

Wer sein Auto am Rand der Basler Innenstadt von 19 Uhr abends bis 6 Uhr morgens in der weissen Zone parkiert, bezahlt 33 Franken. Diese horrenden Nachttarife stossen bei Besuchern und Einwohnern auf Unverständnis. Ein politischer Vorstoss, der von Grossräten aus fünf Fraktionen mitunterzeichnet wurde, soll nun Linderung bringen.

Stephan Mumenthaler (FDP) verlangt in seiner Motion, dass die Regierung dem Grossen Rat eine Vorlage zur Änderung der Parkraumbewirtschaftung unterbreitet. Der Kanton soll auf öffentlichen Parkplätzen sowie in Parkhäusern, die sich ganz oder mehrheitlich in staatlichem Besitz befinden, für einen besucher- und konsumentenfreundlichen Nachtarif der Parkgebühren sorgen.

«Die horrenden Nachttarife stossen bei Besuchern und Einwohnern auf Unverständnis.»

Die von Mumenthaler angestellten Vergleiche zeigen, dass Basel einsam in hohen Tarifsphären schwebt. In Zürich ist das Parkieren in der weissen Zone zwischen 21 Uhr abends bis 8 Uhr morgens bis auf wenige Ausnahmen gratis, wie auch in der Stadt Genf zwischen 19 und 7 Uhr morgens.

In umliegenden Städten wie Colmar und Lörrach ist das Parkieren zwischen 19 und 8 resp. 9 Uhr morgens kostenlos. Selbst in Freiburg im Breisgau, wo ein ähnlich rigides Verkehrsregime wie in Basel gilt, kann man für vier bis neun Euro 24 Stunden lang parkieren. In der dortigen Altstadt findet man sogar als Externer Parkmöglichkeiten – im Gegensatz zur autofreien Kernzone der Innenstadt Basels.

«In einer Zeit, in der unsere Stadt auch aus anderen Gründen unter schwachen Frequenzen leidet, verstärken konsumenten- und gewerbefreundliche Parkgebühren das Problem auf unerträgliche Wei-

se», schreibt Mumenthaler in seinem Vorstoss. Sie führten zu Umsatzverlusten, zum Abbau von Arbeitsplätzen und letztlich zu Leerständen selbst an guten Lagen.



■ Basel ist weit von konsumenten- und gewerbefreundlichen Parkgebühren entfernt.

Ideologisch und wirtschaftsschädigend

Der Basler Regierungsrat setzt weiterhin auf eine ideologisch geprägte Verkehrspolitik, die dem Wirtschaftsstandort sowie dem gesamten Kanton schadet. Der motorisierte Individualverkehr wird gegenüber anderen Verkehrsträgern diskriminiert.

Die Regierung hat ein verkehrspolitisches Leitbild verabschiedet, das auf der «bewährten basel-städtischen Verkehrspolitik der letzten Jahre beruht», wie es einer Medienmitteilung heisst. Ein Massnahmenplan zeigt auf, «mit welchen Projekten eine bedarfsgerechte, sichere und effiziente Mobilität gewährleistet und damit die Lebensqualität für alle erhöht werden kann».

Mit der Wirklichkeit haben diese schönen Worte nichts zu tun. Um die utopischen Ziele des Geplanneten zur Städteinitiative zu erreichen,

verfolgt die Regierung weiterhin eine Strategie der gezielten Schikane des motorisierten Individualverkehrs, die sich nicht im Geringsten mit einer zukünftigen Entwicklung der Stadt vereinbaren lässt.

«Die Regierung verfolgt eine Strategie der gezielten Schikane des motorisierten Individualverkehrs.»

Das Erlenmatt-Tram, welches vom Volk abgelehnt wurde, wird noch immer im Leitbild aufgeführt. Und obwohl die Parkraumbewirtschaftung sich noch immer in der Umsetzungsphase befindet, werden bereits neue Verschärfungen angedacht.

Um das untergeordnete Strassennetz vom privaten Motorfahrzeugverkehr zu entlasten und einen

drohenden Stillstand zu vermeiden, gibt es nur eine Möglichkeit: den raschen Bau des Rheintunnels sowie den Bau einer Westtangente (Gundeltunnel plus Ringschluss) inklusive Anschlussbauwerke in Richtung Leimental und Allschwil. Nur mittels eines solchen «City-Rings» könnte die Innenstadt vom regionalen Durchgangsverkehr entflechtet werden.

Wichtig wäre es auch, geplante Infrastrukturprojekte wie das Herzstück Regio-S-Bahn endlich voranzutreiben. Gerade dieses Projekt brächte ein Vielfaches an Verkehrsentlastung wie alle sonstigen wirtschaftsschädigenden Einzelmassnahmen zusammen.

Hochkostensinsel: Ein Schritt in die richtige Richtung

Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates (WAK-N) leistete der parlamentarischen Initiative «Überhöhte Importpreise – Aufhebung des Beschaffungszwangs im Inland» von FDP-Ständerat Hans Altherr mit 13 zu 10 Stimmen bei einer Enthaltung Folge.

Mit der parlamentarischen Initiative des Ausserrhoder Ständerats Altherr hat das Parlament die Gelegenheit, missbräuchliche Schweiz-Zuschläge weitgehend zu unterbinden. Solche Zuschläge führen dazu, dass viele KMU wegen überteuerter ausländischer Vorleistungen nicht mehr wettbewerbsfähig sind – mit der direkten Folge, dass ihre Kunden immer öfters nicht mehr in der Schweiz, sondern bei der Konkurrenz im Ausland einkaufen. Arbeitsplatzabbau, Betriebsschliessungen und Standortverlagerungen sind die Folgen!

Für Produkte, bei denen keine ausreichenden und zumutbaren Ausweichmöglichkeiten bestehen, brauchen Schweizer KMU dringend die Einkaufs- und Importfreiheit, damit die Vertriebssysteme der ausländischen Lieferanten unter Druck gesetzt werden.

«Obwohl es unser kurzfristiges Ziel ist, Produktionsmittel im Ausland zu den dort üblichen Bedingungen einzukaufen, würden wir mittelfristig lieber wieder in der Schweiz einkaufen – allerdings nur zu Preisen, die unter Wettbewerbsbedingungen zustande kommen», erklärt Maurus Ebnetter, Sprecher des KMU-Komitees für faire Importpreise, das Anliegen.

Zu den Mitgliedern des Komitees gehören Mandatsträger von CVP, FDP, GLP, SP und SVP sowie namhafte Vertreter aus den Branchen Arzneimittelherstellung, Buchhandel, Elektro- und Maschinenindustrie, Fahrzeugbau, Hotellerie, Gastronomie, Getränkegrosshandel, Immobilien, Innenausbau, Kosmetikgrosshandel, Metallverarbeitung, Nahrungsmittelherstellung, Schreinerergewerbe, Schuhhandel, Spielwarenhandel, Treuhand, Versicherungsvermittlung und Werkzeugherstellung. Nach der Praxis der Weko wird das Verhalten «relativ marktmächtiger» Unternehmen entgegen den Behauptungen von Economiesuisse, Promarca und SGV nicht auf Missbräuchlichkeit untersucht.

Daher werden heute auch krass missbräuchliche Schweiz-Zuschläge in vielen Fällen nicht unterbunden.

«Für Produkte, bei denen keine ausreichenden und zumutbaren Ausweichmöglichkeiten bestehen, brauchen Schweizer KMU dringend die Einkaufs- und Importfreiheit.»

Setzt die Politik die parlamentarische Initiative Altherr nicht um, wird die bisherige Praxis der

Weko zementiert. Auch krass missbräuchliches Verhalten relativ marktmächtiger Unternehmen wird dann auf Jahre hinaus weder beurteilt noch unterbunden. Die WAK-N unternahm nun einen wichtigen Schritt, die klaffende Gesetzeslücke zu schliessen.

Wir alle sind betroffen – als Konsumenten, Steuer- oder Prämienzahler. Denn auch die öffentliche Verwaltung, Verkehrsbetriebe, Universitäten und Spitäler sind beim Einkauf vieler ausländischer Produktionsmittel gezwungen, übersetzte Preise zu bezahlen!



Weko büsst Sanitärgrosshändler

Die Wettbewerbskommission geht gegen Abreden vor, wie ein aktuelles Beispiel beweist. Doch das genügt nicht, solange zahlreiche marktmächtige Unternehmen durch einseitiges Verhalten und völlig unbehelligt von der Weko den Wettbewerb behindern.

Die Wettbewerbskommission verhängt gegen die Mitglieder eines Sanitärgrosshändlerkartells Bussen in der Höhe von insgesamt 80 Millionen Schweizer Franken. Seit den 1990er-Jahren haben diese führenden Händler Preisabreden und Mengenabreden getroffen. Im vorliegenden Fall

geht es um horizontale Abreden nach Art. 5 Abs. 3 KG. In solchen Fällen wird die Weko tätig. Ob die hohe Busse Bestand hat, wird sich noch zeigen.

Notwendig wäre es, dass die Weko auch in Fällen vorgeht, in denen der Preiswettbewerb nicht durch Abreden, sondern durch einseitiges Verhalten marktmächtiger Unternehmen beschränkt wird. Damit dies geschieht, braucht es eine Umsetzung der parlamentarischen Initiative Altherr. Erst dann können Fälle von Wettbewerbsbeschränkungen in den meisten Fällen aufgegriffen und unterbunden werden.

Ein Beispiel aus dem Sanitärbereich: Wenn eine Firma ein Dusch-WC (Marke X) herstellt und dieses Produkt nicht über Grossisten, sondern selbst vertreibt, kann diese Firma das Produkt im Ausland zu tieferem Preis als in der Schweiz vertreiben. Beliefert sie Sanitärinstallateure aus der Schweiz, die auf Wunsch einer Kundin ein Dusch-WC X beschaffen muss, nicht im Ausland zu dort geltenden Preisen, beschränkt sie den Preiswettbewerb in der Schweiz. Dagegen würde heute höchstens etwas getan, wenn X klar marktbeherrschend ist.



**Schluss mit der gastronomie-
feindlichen Preispolitik der
multinationalen Getränkekonzerne!**

Original-Markengetränke aus EU-Direktimport

Coca-Cola
Coca-Cola light
Coca-Cola Zero
33cl MW für 72 Rappen

Schweppes Tonic
Schweppes Bitter Lemon
20cl MW für 78 Rappen



Qualitäts-Fassbier aus Bayern



Mehr Infos und weitere Angebote: www.baizer.ch/import

Business-Touristen nutzen Airbnb noch selten

Share Economy-Angebote werden im Geschäftsreisemarkt insgesamt nur verhalten angenommen. Das belegt die aktuelle Ausgabe der VDR-Geschäftsreiseanalyse.

Nur die Hälfte aller Unternehmen, denen Sharing-Angebote bekannt sind, lässt Fahrzeugbuchungen über Portale wie DriveNow, Car2Go oder Flinkster zu. Zudem ist es nur in etwa jeder dritten grösseren Firma erlaubt, Übernachtungen

«Die grösste Akzeptanz haben Übernachtungsalternativen in kleineren Unternehmen.»

über Airbnb zu buchen oder einen «Ride Sharing»-Dienst wie Uber zu ordern. Die grösste Akzeptanz haben Übernachtungsalternativen aus dem Bereich «Share Economy» in kleineren Unternehmen.

«Obwohl Geschäftsreisende oftmals die ersten sind, die neue Trends in Sachen Mobilität aufspüren, scheint es sich hier genau umgekehrt zu verhalten. Neben den persönlichen Präferenzen dürften dabei auch rechtliche und versicherungstechnische Aspekte sowie die Sicherheit eine grosse Rolle spielen», erläutert Dirk Gerdorf, Präsident des Geschäftsreiseverbands VDR. Zudem könnten solche Angebote oftmals nur schwer in bereits bestehende IT-Prozesse bei der Buchung und Abrechnung von Geschäftsreisen eingebunden werden.



■ Obwohl Geschäftsreise am liebsten in Hotels absteigen, ist die «private» Zimmervermietung auch in diesem Segment eine ernstzunehmende Konkurrenz.

Willkommen in Basel

Zwar gehörte die Webergasse im Kleinbasel nie zu den Strassenzügen, die tagsüber besonders mit Leben erfüllt waren. Diese Aufnahme vom Samstag, 20. Juni um 16.30 Uhr gibt dennoch zu denken. Die Einführung des neuen Verkehrskonzepts führte bei Gastronomen und Barbetreibern im Gebiet Klingental, Webergasse, Ochsen- und Untere Rheingasse zu schmerzhaften Einbu-

ssen. Früher kamen viele Gäste mit dem Auto ins Quartier. Lösen liessen sich die Frequenz- und Umsatzprobleme, indem man die Mittlere Rheinbrücke wenigstens von 19 Uhr abends bis 11 Uhr vormittags Richtung Grossbasel wieder für den motorisierten Verkehr freigäbe. Doch Basel hat offenbar kein Interesse mehr an einem lebendigen Rotlichtviertel.



Davos verliert Kongress

Der seit 47 Jahren in Davos abgehaltene Winterkongress des Freien Verbands Deutscher Zahnärzte findet 2016 erstmals im österreichischen Skigebiet Ischgl statt. Es ist bereits der zweite Stammkongress, den Davos an österreichische Mitbewerber verliert. Vor einem Jahr war bekannt geworden, dass der Pharmacon-Fortbildungskongress der deutschen Bundesapothekerkammer nach Schladming zügelt. Die einwöchige Tagung fand zuvor 44 Jahre in Graubünden statt.

Frankreich schafft Ratenparität ab

Die Nationalversammlung in Paris schaffte die Ratenparität zwischen Hoteliers und Online-Reiseagenturen in Frankreich ab. Hotels können von den Buchungsportalen nicht mehr verpflichtet werden, die gleichen oder tieferen Zimmerpreise als in anderen Vertriebskanälen anzubieten. Zum ersten Mal hat eine Legislative entschieden, dass es verboten ist, in Verträgen von Buchungsportalen die Ratenparität explizit festzulegen.

Besucherrekord

Mit 369'787 Besuchern ist die Ausstellung «Paul Gauguin» in der Fondation Beyeler zu Ende gegangen. Sie war damit die meistbesuchte in der Geschichte des Museums. Die 51 Leihgaben mit einem Versicherungswert von über zwei Milliarden Franken wurden in sechsjähriger Arbeit aus renommierten Museen und Privatsammlungen zusammengetragen. Auf ihrem Hin- und Rückweg nach Riehen reisten sie kombiniert einmal um den Äquator.

Quartierparking

Die CVP Basel-Stadt wird eine «Quartierparkinginitiative» lancieren, die verbleibende Parkplätze erhalten, aber unter der Bedingung der unterirdischen Neuerstellung einen teilweisen Abbau zu lassen will.

Nein zu höheren Zöllen

Der Bundesrat lehnt die parlamentarische Initiative «Aufhebung der zolltariflichen Begünstigung der Importe von gewürztem Fleisch» ab. Noch höhere Zölle auf Waren würden die Hochkosteninsel akzentuieren und die Wettbewerbsfähigkeit des Gastgewerbes schwächen. Der Bundesrat hat richtig erkannt, dass die willkürliche Erhöhung des Zolltarifes für gewürztes Fleisch zu Unsicherheiten unter den internationalen Handelspartnern führen würde.

In den Nationalrat



Heinrich
Ueberwasser

Sebastian **bisher**
Frehner

Roland R.
Ruf

Patrick
Hafner

Eduard
Rutschmann

Frei bleiben – SVP wählen.
www.svp-basel.ch

Liste 12



Cassis de Dijon besser zur Wirkung bringen

Der Obwaldner FDP-Ständerat Hans Hess fordert in einer Motion, das Cassis-de-Dijon-Prinzip besser zur Wirkung zu bringen. In seinem Vorstoss verlangt er vom Bundesrat Massnahmen, damit Hersteller ihren Vertriebspartnern in der Schweiz in den Vertriebsverträgen ausdrücklich erlauben, für ihre Produkte auch dann Installations-, Wartungs- oder Garantearbeiten zu leisten, wenn diese direkt im EWR eingekauft worden sind.

Viele Produkte, vor allem dauerhafte Konsum- oder Investitionsgüter, auch solche, die nach dem Bundesgesetz über die technischen Handelshemmnisse zwar zulassungspflichtig, tatsächlich aber zugelassen sind, werden – wie insbesondere ein Blick in Baumärkte im In- und Ausland oder auf Websites von Grosshändlern und Herstellern zeigt – immer noch zu wesentlich höheren Preisen angeboten als in unseren Nachbarländern.

In seiner Motion erwähnt Ständerat Hess unter anderem häufig benötigte Maschinen für den Bau, Elektrogeräte, Kücheneinrichtungen, Motorfahrräder, Heizkessel, Sportboote, Stallungseinrichtungen für die Landwirtschaft, Wassermotorräder, sanitäre Apparate, Boden- und Wandbeläge, Lüftungsanlagen, Spital- oder Laborbedarf.

«Bei vielen dieser Produkte, die durch Fachleute montiert, installiert oder gewartet werden müssen, wird der gesetzlich zulässige Direkteinkauf im Ausland durch private Massnahmen verhindert», so Hess. Verlangt ein Letztverbraucher den Einkauf eines solchen Produkts im Ausland, erhält er vom ortsansässigen Handwerker oft die Antwort, das betreffende Produkt sei in der Schweiz nicht zugelassen. Mit dieser Begründung weigert sich der ortsansässige Handwerker dann, im Ausland eingekaufte Produkte oder Einrichtungsgegenstände zu installieren.

Die Verweigerung erfolgt oft auf Druck der Hersteller oder Importeure. Trotz des Abbaus der staatlichen Handelshemmnisse wird der Markt auf diese Weise nun privat abgeschottet mit der Folge, dass Preiswettbewerb aus dem Ausland verhindert und massiv höhere Preise zu Lasten von Abnehmern in der Schweiz weiterhin durchgesetzt werden können.

Bei vielen dieser Produkte handelt es sich um Markenartikel, die im Regelfall international mittels (vertikaler) Vertriebsverträge – wie Automobile – vertrieben werden. Daher wollen Ständerat Hess und 25 Mitunterzeichner aus bürgerlichen Fraktionen die für den Automobilvertrieb geltende Regelung, wonach zugelassene Werkstätten «verpflichtet» werden, alle in der Schweiz oder im EWR gekauften Autos der betreffenden Marke zu reparieren, zu warten oder Garantien zu leisten, sinngemäss auch für den Vertrieb anderer Markenprodukte verbindlich erklären.

Folge einer solchen Bestimmung wäre, dass die Hersteller – wie die Erfahrungen aus dem Automobilbereich zeigen – ihren Vertriebspartnern in der Schweiz ausdrücklich erlauben würden bzw. müssten, Installations-, Wartungs- oder Garantearbeiten auch für Produkte zu erbringen, die im EWR eingekauft worden sind.

Eine solche Regelung gäbe KMU und Gewerbe, aber auch vielen Spitälern, Kliniken, Labors, Universitäten, ja auch den Endkonsumenten die Sicherheit, dass in der Schweiz zugelassene, aber im Ausland gekaufte Produkte vom hiesigen Gewerbe installiert bzw. gewartet werden. Das allein schon hätte – wie die Autobranche zeigt – preissenkende Wirkung, vor allem auch im Interesse der in der Schweiz produzierenden KMU.



Beim Automobilvertrieb sind zugelassene Werkstätten «verpflichtet», alle im EWR gekauften Autos der betreffenden Marke zu reparieren, zu warten oder Garantien zu leisten. Das soll sinngemäss auch für den Vertrieb anderer Markenprodukte gelten.

Grosser Rat beschäftigt sich mit der Hochpreisinsel

Das Basler Kantonsparlament beschäftigt sich demnächst mit zwei Vorstössen, die die Hochpreis- resp. Hochkosteninsel zum Thema haben. Die Autoren schlagen unterschiedliche Wege vor. Einig sind sie sich aber, dass der Kanton sich für Massnahmen auf Bundesebene stark machen soll.

CVP-Grossrat Felix Meier bittet die Regierung in seinem «Anzug betreffend gleichlange Spiesse für das heimische Gewerbe» zu berichten, welche Massnahmen sie ergriffen hat oder ergreifen wird, damit Basler KMU nicht durch Preis- und Lieferabsprachen diskriminiert und dadurch in ihrer Wettbewerbsfähigkeit stark behindert werden.

Meier räumt ein, dass zur Veränderung der Situation Massnahmen auf Bundesebene nötig seien. «Trotzdem hat der Regierungsrat Einflussmöglichkeiten», so Meier. Er könne beispielsweise auf die Entscheidungsträger im Bund einwirken, die Unterstützung anderer Kantone gewinnen oder die Zusammenarbeit mit Berufsverbänden suchen. Als konkretes Beispiel nennt er den Wirtverband

Basel-Stadt, der seit langem gegen ungerechtfertigte Schweiz-Zuschläge ankämpft.

Der grünliberale Grossrat David Wüest-Rudin beantragt eine Standesinitiative, um für die heimischen KMU faire Beschaffungspreise zu erreichen. «Krass missbräuchliche Schweiz-Zuschläge» würden dazu führen, dass vor allem auch importierte Produkte in der Schweiz exorbitant teurer seien als im Ausland. Das Problem betreffe viele Bereiche und man spreche von mindestens 15 Milliarden Franken, welche Schweizer Unternehmen und Konsumenten durch überhöhte Beschaffungspreise ungerechtfertigt verlieren.

«Viele KMU sind international nicht mehr wettbewerbsfähig, weil ihre Einkaufs- und Produktionskosten zu hoch sind», so Wüest-Rudin. Gerade in unserer Grenzregion kämen der Handel und das Gewerbe unverschuldet im Rahmen des Einkaufstourismus extrem unter Druck. Aber auch Spitäler, Universitäten und Verkehrsbetriebe seien von «willkürlich erhöhten Preisen für Produktions-, Betriebs- und Unterhaltsmaterialien» betroffen.

«Insgesamt fliesst im Inland benötigte Kaufkraft ab, es geht also auch darum, eine Schädigung der Volkswirtschaft zu verhindern», schreibt Wüest-Rudin.

Wüest-Rudin, der die Kantonalsektion der Grünliberalen präsidiert, fordert Einkaufs- und Importfreiheit im In- und Ausland. Nur so entstünden in der Schweiz endlich Wettbewerbspreise. Politisch angehen könne man das Problem insbesondere, indem eine Lücke im Kartellgesetz auf Bundesebene geschlossen werde.

Basel-Stadt soll nun mit einer Standesinitiative zum Ausdruck bringen, dass «missbräuchliche Schweiz-Zuschläge zu einer nicht mehr tolerierbaren Belastung geworden sind und die eidgenössischen Räte nun dringend aktiv werden müssen». Nachfrager aus der Schweiz sollen Produkte, auf die sie mangels Ausweichmöglichkeiten angewiesen sind, gegebenenfalls im Ausland zu den dort geltenden Preisen und Bedingungen beschaffen können, fordert der grünliberale Politiker.

DER RICHTIGE PARTNER
IST FÜR UNS
DIE BESTE MEDIZIN.



Kené F. Maeder, Präsident Gildes etablierter Schweizer Gastronomen, und Niklaus Stucki, Waldhotel Dolderhorn, Kandersteg

Wir tun alles, damit Sie und Ihre Mitarbeitenden
gesund bleiben und gesund werden.

SWICA bietet Ihnen und Ihrem Team das perfekte Leistungs-
menü rund um Krankheit und Unfall aus einer
Hand. Als Branchenleader und langjähriger Partner
von GastroSuisse hält SWICA einfache und auf Ihren
Betrieb zugeschnittene Versicherungslösungen bereit.
SWICA unterstützt Sie bei administrativen Arbeiten,
sodass Sie sich voll und ganz auf Ihre Gäste konzentrieren
können. Entscheiden Sie sich jetzt für die beste Medizin.
Telefon 061 270 67 11. swica.ch/gastro



FÜR DIE BESTE MEDIZIN.

► WIRTEKURSE

zur Erlangung des Fähigkeitsausweises



**Ideal auch als
Weiterbildung!**



Besuchen Sie einen vierwöchigen Intensivkurs!
Jetzt mit noch strafferem Ausbildungsprogramm.

www.baizer.ch/wirtekurs



Der nächste Kurs

- vom 26. Oktober bis 20. November 2015
(berufsbegleitend)
- Tagungszentrum Oekolampad
Allschwilerplatz, Basel

Preis

- CHF 3500 (inkl. Lehrmittel)

Zulassungsbedingungen

- Mindestalter 18
- guter Leumund
- gute Deutschkenntnisse

Mehr Infos?

- Besuchen Sie unsere Website
www.baizer.ch!
- Oder verlangen Sie Unterlagen und
Anmeldeformular bei unserem Sekretariat:



Wirtverband Basel-Stadt
Freie Strasse 82
CH-4010 Basel
Telefon 061 271 30 10
Fax 061 278 94 90
info@baizer.ch

DAUERTIEFPREISE



0.67
Pk

Ice Tea Party
12 Pack à 1 Liter



4.10
Bt

Erdnüssli gesalzen
Valisi
Beutel 1 kg



2.85
Mp

Power Bat
Energy Drink
Multipack
à 6 x 25 cl



Bretzeli
Sack 2 kg

12.50
Sa



Gratis-Nummer 0800 ANGEHRN
www.cca-angehrn.ch/benefit